



10. September 2023
Seite 1 von 2

Aktenzeichen
P 1001-524/2023-7933-IVA5
Frau Möllmann
Telefon 0211 4972-2424

Vorlage
an den Unterausschuss Personal
des Haushalts- und Finanzausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen

„Modernisierungsoffensive Öffentlicher Dienst“

Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 12. September 2023

Aufgrund der Bitte der Fraktion der SPD vom 1. September 2023 wird zu dem Thema „Modernisierungsoffensive Öffentlicher Dienst“ wie folgt Stellung genommen:

Der Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen als Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen (2022-2027) sieht vor, ein Konzept zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes zu erarbeiten.

Erste Meilensteine sind bereits erreicht. So hat die Landesregierung mit dem Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften bereits einen ersten großen Schritt zur Stärkung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen vollzogen. Zudem ist beabsichtigt, zeitnah einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Laufbahnrechts in den Landtag einzubringen. Erste Gespräche mit den Ressorts und den Verbänden sind hierzu bereits geführt worden.

Darüberhinausgehende Maßnahmen sollen in Zusammenarbeit mit den Verbänden und Gewerkschaften erarbeitet werden.

Um frühzeitig in diesen Dialog einzusteigen, haben das Ministerium der Finanzen und das Ministerium des Innern am 28. August 2023 zu einer

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4972-0
Telefax (0211) 4972-1217
Poststelle@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
U74 bis U79
Haltestelle
Heinrich Heine Allee

gemeinsamen Auftaktveranstaltung mit dem DBB NRW, dem DGB NRW und dem DRB NRW geladen, um das weitere Vorgehen festzulegen.

Vereinbart wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe, die in themenbezogenen Werkstattgesprächen zu einem vertraulichen Austausch zusammenkommt. In den Gesprächen sollen mögliche Maßnahmen zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes diskutiert und geprüft werden. Die Interessen der Beschäftigten werden in diesem Rahmen durch die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Gewerkschaften eingebracht.

Eine Umsetzung der Maßnahmen soll in dieser Legislaturperiode erfolgen. Ein konkreter Zeitplan ist abhängig von den Ergebnissen der Werkstattgespräche.



Dr. Marcus Optendrenk